



Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union Deutschland und der Jungen Europäischen Föderalisten vom 25.11.2017

Reformchancen nutzen – Den französischen Impuls aufgreifen und die Europäische Union gemeinsam reformieren

Nach langen Jahren der Krisen gibt es heute wieder starke positive Signale für Europa. Anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge haben zehntausende europabegeisterter Menschen aus allen Mitgliedstaaten der EU auf den Straßen der italienischen Hauptstadt ihre Unterstützung für Europa bekundet. Parallel haben sich über Monate hinweg in immer größer werdender Zahl Menschen aller Altersgruppen wöchentlich auf öffentlichen Plätzen in Deutschland und ganz Europa versammelt, um ein gesellschaftliches Zeichen gegen Rechtspopulismus und für die Europäische Gemeinschaft und zugleich auch für notwendige Reformen in der EU zu setzen.

Bei allen erzielten Fortschritten ist der Verweis auf existierende Missstände in Europa und Unzulänglichkeiten der Europäischen Union berechtigt. Zu viele Bürger haben sich abgewandt, sind enttäuscht von einem Europa, das wichtige Probleme nicht lösen kann, weil es an Einigkeit, Macht und Ressourcen mangelt. Die Entscheidungsverfahren sind schwerfällig, und - wie nicht zuletzt die unzulängliche Asyl- und Migrationspolitik gezeigt hat - fehlt es vielfach an europäischer Solidarität durch die Regierungen der Mitgliedstaaten. In einigen EU-Staaten sind zudem nationalistische Regierungen dabei, zentrale und fundamentale Werte Europas wie die Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit einzuschränken und offensiv anzugreifen. Doch auch dort formiert sich wachsender gesellschaftlicher Widerstand gegen die fremdenfeindliche nationalistische Politik.

Insgesamt sind die positiven Signale somit unübersehbar: In verschiedenen nationalen Wahlen in Europa konnten sich die proeuropäischen Kräfte durchsetzen. Zu begrüßen ist vor allem die Wahl von Emmanuel Macron zum Präsidenten Frankreichs, der mit einem explizit pro-europäischen Programm überzeugt hat. Macron hat am 26. September 2017 an der Sorbonne-Universität in Paris ehrgeizige Vorschläge für ein "souveränes, vereintes und demokratisches Europa" vorgelegt und angekündigt, in enger Abstimmung mit Deutschland eine "Gruppe für die Neugründung Europas" einzurichten, zu der alle Mitgliedstaaten gehören sollen, die diese Ambitionen teilen.

Von Bedeutung in diesem Zusammenhang ist es auch, dass Kommissionspräsident Juncker mit der Vorlage seines Weißbuchs eine intensive Diskussion zur Zukunft Europa angestoßen

hat, an der sich viele Entscheidungsträger der europäischen und nationalen Ebene, Verbände, NGOs und die Vertretungen der Zivilgesellschaft mit zahlreichen konstruktiven Vorschlägen beteiligt haben. Aufgrund der positiven Veränderungen stellte Präsident Juncker seine Rede zur Lage der Europäischen Union vom 13. September 2017 vor dem Europäischen Parlament unter das Motto „Frischer Wind für Europa“ und legte eine umfangreiche Reformagenda vor. Juncker forderte, dass jeder mögliche Reformschritt im Sinne einer weiteren Demokratisierung, einer eindeutigeren Aufgabenaufteilung zwischen den verschiedenen politischen Ebenen sowie einer Verbesserung europäischer Strukturen, der innerhalb der Verträge möglich ist, unternommen werden sollte, zugleich müssten auch die notwendigen Änderungen der Verträge vorbereitet werden. Damit kann den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in stärkerem Maße Rechnung getragen werden.

Die positiven Veränderungen in Europa und die konkreten Vorschläge von Juncker und Macron bieten eine realistische Chance zur grundlegenden Reform der EU. Dabei geht es u.a. um die Ausweitung von Schengen, die Stärkung der Eurozone und den Ausbau der Finanzkompetenzen sowie um die Demokratisierung der Institutionen der Europäischen Union. All dies verlangt mehr als die bisher vorherrschende situative Regierungshetik auf einem europäischen Krisengipfel nach dem anderen. Notwendig ist eine weitsichtige, kohärente und gemeinschaftliche europapolitische Strategie in allen Mitgliedstaaten.

Deutschland kommt hierbei als bevölkerungsreichstem und wirtschaftlich stärkstem Land im Herzen Europas eine besondere Verantwortung zu, der wir gemeinsam mit allen unseren europäischen Partnern gerecht werden wollen.

Die Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland richten daher nach dem wichtigen Wahljahr 2017 an die kommende Bundesregierung die folgenden Erwartungen und Forderungen:

1. Die zahlreichen Vorschläge, die Jean-Claude Juncker und Emmanuel Macron in ihren Reden zur EU im September 2017 genannt haben, müssen als Debattenbeiträge von der Bundesregierung kommentiert und eingeordnet werden. Auf dieser Grundlage sollte **in enger Abstimmung mit unseren Partnern in Frankreich und Europa eine ambitionierte Reformagenda in Angriff genommen werden**. Wo immer möglich, sollten Fortschritte im Kreis der EU-27 angestrebt werden, etwa zur Stärkung des sozialen Europas (Erklärung von Göteborg zur Europäischen Säule sozialer Rechte) sowie beim Binnenmarkt (Energie, Steuern, Digitales, Infrastruktur einschließlich Breitband). In Wiederbelebung der französisch-deutschen Motorrolle in Europa sollten aber auch die darüberhinausgehenden Vorschläge von Präsident Macron zur Neugründung Europas mit den dazu bereiten EU-Staaten konstruktiv geprüft werden. Nur so entsteht eine

Verknüpfung von abstrakt scheinenden Ideen und konkreten Konzepten, zu denen sich eine neue und bürgernähere Europapolitik positionieren muss.

2. Die Bundesregierung sollte den Vorschlag von Präsident Macron unterstützen, **Diskussionsforen zur Zukunft Europas ins Leben zu rufen**. Bürger und Bürgerinnen und die organisierte Zivilgesellschaft sollen dort mit der Bundesregierung in einen echten Dialog über ihre Visionen für Europa und konkrete Ideen eines deutschen Beitrags hierzu treten. Diese Diskussionsforen sollten allen europäischen Partnern offenstehen. Ziel dieser Diskussionsforen soll es sein, über die Haltung Deutschlands zu den anstehenden Reformen zu debattieren. Vorschläge hierzu sollten im Zentrum der Kampagne für die Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai 2019 stehen. Mit einer breiten, offenen, demokratischen und wahrhaft europäischen Debatte soll der Weg zu Entscheidungen bald nach den Wahlen geebnet werden.
3. Die Bundesregierung sollte der deutschen Europapolitik auf Bundesebene endlich den politischen Stellenwert einräumen, den sie verdient und **die europapolitischen Kompetenzen der Bundesregierung unter Leitung einer Europaministerin/ eines Europaministers im Kanzleramt mit einem eigenen zusätzlichen Unterbau bündeln und das Handeln der Ministerien deutlich stärker koordinieren**. Notwendig ist die regelmäßige Abstimmung auf Staatssekretärsebene. Die Europaministerin/ der Europaminister sollte im Bundeskanzleramt angesiedelt sein, denn eine effiziente Koordinierung bedarf der entsprechenden Autorität und Durchsetzungsfähigkeit. Dies gilt insbesondere für den angestrebten grundlegenden europäischen Reformprozess in enger Abstimmung mit Frankreich und anderen reformwilligen Staaten. Zudem braucht eine bürgernähere Europapolitik in Deutschland den Grad an Personalisierung, den wir für die Politik der EU schon lange fordern, und das Maß an Bündelung von Querschnittskompetenzen, das man für eine strategiefähige Europapolitik braucht;
4. Debatten zur strukturellen Reform der europäischen Institutionen sollten von der Bundesregierung nicht mehr nur zur Kenntnis genommen werden, sondern sie sollte als treibende Kraft auf eine weitere Demokratisierung europäischer Strukturen und Europäisierung nationaler Strukturen hinwirken. **Dazu gehört der Einsatz der Bundesregierung für eine rechtlich bindende Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips in einer europäischen Wahlrechtsreform und die Schaffung transnationaler Europalisten der europäischen Parteienfamilien für künftige Europawahlen**.
5. Die Bundesregierung sollte sich in ihrer zentralen Position in Europa als Vermittlerin zwischen den Gründungsstaaten und anderen langjährigen EU-Staaten sowie den

neueren osteuropäischen Mitgliedstaaten verstehen. In diesen Zusammenhang spielt Polen eine zentrale Rolle. **Die proeuropäischen, demokratischen Kräfte in Polen und in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten müssen kontinuierlich unterstützt werden. Das Format des Weimarer-Dreiecks muss gestärkt werden**, um den Dialog weiterhin aufrecht zu erhalten.

6. Die Kommission muss grundsätzlich und **aktuell gegenüber den Regierungen Polens und Ungarns weiter beharrlich auf der Einhaltung der vertraglich vereinbarten Werte der Union bestehen**, ohne dabei den Zusammenhalt der Union zu gefährden. Notwendig ist die Bereitstellung von neuen, wirksamen Verfahren und Instrumenten zur Durchsetzung der gemeinsamen Werte.
7. Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben der Europäischen Union müssen der EU die zur Bewältigung dieser Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesregierung sollte sich für eine signifikante Vergrößerung des EU-Haushalts einsetzen, insbesondere durch neue Eigenmittel der Europäischen Union.

Die Beteiligung der Bürger ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg einer jeden europäischen Reforminitiative. Die Europa-Union Deutschland hat seit ihrer Gründung vor siebzig Jahren Bürgerkampagnen für ein souveränes, vereintes und demokratisches Europa organisiert. Sie war die erste und über viele Jahre hinweg die einzige Organisation, die für die direkte Wahl von Europaabgeordneten, für offene Grenzen, die gemeinsame Währung und für die Europäische Verfassung gekämpft hat und auch weiterhin für das Ziel eines Europäischen Bundesstaates kämpft. Wir sind bereit, unsere Erfahrung im Hinblick auf den anstehenden Reformprozess einzubringen, um ein freies, solidarisches, demokratisches und bürgernahes Europa für die Zukunft zu sichern.